



Mit Zuversicht und Vehemenz ins neue Jahr 2021

## Beobachten – Analysieren – Fordern – Umsetzen

Die Eigenschaft, mit Zuversicht den Blick nach vorn zu richten, ist Teil des Antriebes für das Wirken einer Berufsvertretung. Je nach Kontext variiert die Bedeutung von Vertrauen über Optimismus bis hin zu Erwartung. Ähnliches gilt auch für den Polizeiberuf.

Als DPoIG vertrauen wir auf unsere Stärke, Dinge klar zu benennen, getragen vom Optimismus, dass unsere sachlichen Argumente gehört werden. Wir sind Antreiber für Politik und die höchste Führung in der Polizei. Wir erwarten, dass die Bedürfnisse und die Anliegen der circa 12 000 Beschäftigten in der Polizei ernst genommen werden.

Dieser Erwartungshaltung werden wir auch im Jahr 2021 mit Vehemenz, also mit Bestimmtheit und Elan, weiterhin Nachdruck verleihen und eurer Stimme, liebe Kolleg\*innen, eine Basis geben.

Das größte Kapital des Dienstherrn sind seine Mitarbeiter\*innen, seid ihr.

„Wenn die Mitarbeiter davon überzeugt sind, dass sie von kompetenten Managern unter-

stützt werden, dass sie exzellentes Equipment zur Hand haben und die Zusammenarbeit effizient ist, dann wird allein dadurch ihre Performance energetisiert.“

In diesem Absatz finden sich Begriffe wieder, die bei den Erfahrenen unter euch ein leichtes Stirnrunzeln erzeugen werden. Aber am Ende des Tages werden wir als Polizei an unseren Erfolgen gemessen und fragen uns, ob wir die richtige und funktionelle Ausstattung haben. Das Ganze gepaart mit ausreichend gut ausgebildeten, bezahlten und motivierten Führungskräften.

Wer diese Fragen mit einem eindeutigen JA beantworten kann, der möge die Hand heben.

Im März finden die nächsten Landtagswahlen statt und wir haben den Parteien unsere Wahlprüfsteine in Form von Fragen zur künftigen Ausrichtung der Innen- und Personalpolitik übermitteln. Die Antworten werden wir in einer Sonderausgabe zusammenfassen und veröffentlichen.

Es gilt, den Blick nach vorne zu richten. Hätte, Wenn und Aber bringen uns nicht weiter.

Es gilt, den Stellenwert der inneren Sicherheit auf einem höchstmöglichen Niveau zu etablieren, und dieses Niveau orientiert sich faktisch an der Anzahl der Polizist\*innen. Anfang der 2000er wurde die

Zahl 9 014 von der damaligen Landesregierung postuliert. 20 Jahre später wissen wir, dass unsere Forderung nach 10 000 Vollzeitstellen im Vollzugsdienst noch nicht erreicht ist.

Wir fordern die kommende Landesregierung auf, diese Zahl als Mindestwert festzuschreiben.

Es gilt, die Sicherheitsarchitektur des Landes Rheinland-Pfalz für das angebrochene Jahrzehnt im Kampf gegen bestehende und neue Formen der Kriminalität „wettbewerbsfähiger“ zu machen. Hier steht unser Land statistisch im Sinne der polizeilichen Kriminalstatistik und der optisch prächtig erscheinenden Aufklärungsquote gut da.

ABER, am Beispiel des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes erkennt man, welche personellen Auswirkungen Bundesgesetze auf unsere Polizei haben (werden), und betrachtet man die Straftaten im Internet oder Darknet, die über ausländische Server begangen werden und nicht in der Statistik auftauchen, dann werden wir der Realität und den schutzsuchenden Bürger\*innen nicht gerecht.

Wir fordern die kommende Landesregierung auf, im eigenen (Bundes-)Land die personellen, technischen, rechtlichen und baulichen Maßnahmen nachhaltig zu forcieren, zu überdenken und zu verbessern.



> Thomas Meyer

Wir fordern darüber hinaus, dass sich die kommende Landesregierung, ein\*e kommende\*r Innenminister\*in zusammen mit anderen Landesregierungen und dem Bund für eine „Schärfung“ polizeilicher Zusammenarbeit und Kompetenz einsetzt. Eine Normenklarheit darf für Bürger\*innen nicht an der Landesgrenze verwässern. Eine rheinland-pfälzische Polizeikontrolle und eine thüringische Polizeikontrolle dürfen nicht unterschiedlichen Regeln unterliegen.

Es gilt, die Polizeibeamt\*innen und die Mitarbeiter\*innen der kommunalen Ordnungsbehörden in den Vordergrund der Sicherheitsarchitektur zu stellen. Die Beamt\*innen haben einen Eid auf die Verfassung abgelegt und müssen sich in ihrem Handeln daran messen lassen. Die DPoIG stellt sich demonstrativ vor sie.

ABER, diese freiheitlich demokratische Grundeinstellung und -voraussetzung darf keine Einbahnstraße sein.

Wir fordern eine kommende Landesregierung auf, fehlgeleiteten gesellschaftlichen Randgruppen wie Reichsbürgern, Corona-Leugnern, Demokratie-

### Impressum:

Redaktion:  
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)  
Fürstehofenstraße 6  
54329 Konz  
Tel. 06501.99605  
E-Mail: [polizeispiegel@dpolg-rlp.de](mailto:polizeispiegel@dpolg-rlp.de)  
Landesgeschäftsstelle:  
Adam-Karrillon-Straße 62  
55118 Mainz  
Tel. 06131.234488  
Fax 06131.225267  
[dpolg@t-online.de](mailto:dpolg@t-online.de)  
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



feinden, Polizeihassern und medial einseitigen Falschdarstellungen entschieden entgegenzutreten und polizeilichen Verantwortungsträgern den Rücken zu stärken.

Die Positionierung der Polizeipräsidenten Rainer Hamm und Michael Denne zur SWR-Sendung „mal ehrlich“ ist beispielgebend!

Sehr geehrte Kolleg\*innen, die Corona-Krise hat nicht nur die Polizeiorganisation kalt erwischt, sondern auch die Art und Weise, wie wir Kommunikation betreiben, massiv verändert. Die spärlich vorhandenen und nur mäßig genutzten Werkzeuge wie Webinare, Videokonferenzen, Chats oder das „Onlinestudium“, werden ihren Siegeszug vollziehen und

auch die final benötigte Akzeptanz erhalten müssen. Dazu bedarf es eines schnellen und massiven Ausbaus der digitalen Infrastruktur. „Führen und miteinander arbeiten auf Distanz“ ist ein Thema geworden.

„Unsere Führungskräfte müssen mit Transparenz, Klarheit und Ehrlichkeit für Zuversicht und Verlässlichkeit sorgen“,

sagt der Landesvorsitzende, Thomas Meyer.

Der Polizeiberuf ist und bleibt eine große Herausforderung und mit den richtigen Rahmenbedingungen werden wir diese auch meistern. Die DPolG Rheinland-Pfalz wird mit 110 Prozent dabei sein. *Thomas Meyer, Landesvorsitzender*

## Personalratswahlen 2021

### 110% für Euch!

Liebe Kolleg\*innen,

in der ersten Märzwoche 2021 finden die Personalratswahlen bei der Polizei Rheinland-Pfalz statt. Ihr habt nun die Möglichkeit, mit eurer Stimme mitzubestimmen, wie die Personalratsarbeit für die nächsten vier Jahre aussehen wird.

Bislang waren wir als Mandatsträger\*innen der DPolG und des BDK für euch in allen Personalratsgremien landesweit vertreten.

Wir wollen diese Wahl aus folgenden Gründen für uns entscheiden:

- > Wir wollen mehr Verantwortung im Personalrat übernehmen.
- > Wir wollen, dass Entscheidungen getroffen werden, nachdem deren Tragweite aus allen Perspektiven betrachtet wurde.
- > Wir stehen für einen fairen Umgang miteinander.

Der Bund deutscher Kriminalbeamter (BDK) und die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) halten, wie in den vergangenen Jahren, an

einer gemeinsamen Liste fest.

Als Listenführer der gemeinsamen Wahlliste rufen wir, Christian Soulier als Vorsitzender des BDK und Thomas Meyer als Landesvorsitzender der DPolG, euch dazu auf, an der Wahl teilzunehmen.

#### ■ Mitbestimmen und mitgestalten

Gebt uns eure Stimme! „Warum?“ fragt ihr euch. Wir wollen, dass der Personalrat wieder als Instrument der Mitbestimmung gesehen wird und nicht nur als Beisitzer bei Entscheidungen der Führungsebene.

Wir wollen einen hand-

lungsfähigen und transparenten Personalrat aufstellen.

Die Aussage „Der Personalrat macht doch eh nichts...“ beantworten wir entschieden mit: **eben doch!**

Die Personalvertretung hat die Möglichkeit, eure Interessen in allen mitbestimmungspflichtigen Maßnahmen zu vertreten und zu wahren.

#### ■ Das ist unsere Motivation!

Liebe Kolleg\*innen,

Die Veränderungen der letzten vier Jahre hier aufzuzählen, würde den Rahmen dieser Ausgabe des POLIZEISPIEGELS sprengen.

Eine große Veränderung zu den vergangenen Wahlen ist die Durchführung der kommenden Wahlen in Form einer Briefwahl. Die Coronapandemie zwingt uns ihren Willen auf. Es wird keine Wahlbüros geben. Das Ergebnis der Wahl bestimmt ihr von zu Hause aus.

Dieser Tage werden vermutlich diverse Werbegeschenke in den Dienststellen verteilt mit dem Zweck, die eigene Gewerkschaft während des Wahlkampfes in den Fokus zu rücken. Wir nehmen uns hierbei nicht aus. Wir werben aber

hauptsächlich mit den Ergebnissen unserer bisherigen Arbeit und dem Versprechen, in Zukunft näher an euch und euren Bedürfnissen zu sein und eure Interessen noch effektiver zu vertreten.

Wer Hilfe braucht, bekommt sie von uns.

Es spielt für uns keine Rolle, in welcher Berufsvertretung ihr organisiert seid.

Personalvertretung ist für **ALLE** da!

Seht eure Stimme als Teil des Einflusses, den ihr auf spätere Entscheidungen im Personalbereich ausüben könnt. Nur wer wählt, kann **mitgestalten**.

Jede Stimme für DPolG und BDK sorgt für mehr **Mitbestimmung** der Basis der Polizei an Entscheidungen der Führung. ■





# Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Vonseiten der DPoIG wurden den Parteien zur anstehende Landtagswahl die folgenden Wahlprüfsteine mit der Bitte um Beantwortung übermittelt.

Die Antworten werden wir rechtzeitig vor den Wahlen in einer Extraausgabe des Online-Express veröffentlichen.

## ■ Gewalt gegen Einsatzkräfte

Mit großen Worten, Kampagnen und Plakaten wird zwar immer wieder Respekt gegenüber Einsatzkräften eingefordert, im politischen, medialen und gesellschaftlichen Alltag sieht das gegenüber der Polizei allerdings immer wieder anders aus.

In dienstlichen Workshops beklagen die Kolleg\*innen Vorverurteilungen, Unterstellungen und das Schüren von Ressentiments gegenüber der Polizei auch aus dem politischen Raum. Die DPoIG tritt mit allem Nachdruck dafür ein, dass die Polizei rechtsstaatlich handelt und dass verfassungsfremdes Verhalten mit allen straf- und dienstrechtlichen Mitteln verfolgt wird.

*Frage: Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei den Beschäftigten der Polizei Rheinland-Pfalz den Rücken zu stärken und sie vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen?*

## ■ Rechtliche Eingriffsbefugnisse unter anderem Bodycam in Wohnungen

Die Bodycam hat nachgewiesenermaßen eine hohe deeskalierende Wirkung. In Wohnungen darf sie in Rheinland-Pfalz aber immer noch nicht eingesetzt werden. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist ein hohes Gut, steht jedoch verfassungsrechtlich weit hinter dem Grundrecht auf Unversehrtheit von Leib und Leben. Dieses deeskalierende Einsatzmittel schützt somit Leib und Leben von Kolleg\*innen und betroffenen Bürger\*innen.

Nicht verkannt werden sollte auch, dass der Polizei ein Ein-

satzmittel zu Verfügung stehen muss, um sich gegen Beschuldigungen durch gefälschte Handy-Videos adäquat zur Wehr setzen zu können.

*Frage: Ist Ihre Partei bereit, adäquat in die Unversehrtheit von Leib und Leben sowohl von Polizist\*innen als auch der Bürger\*innen den höchstmöglichen Schutz zu investieren und mit welchen Maßnahmen gedenken Sie es zu tun?*

## ■ Personalsituation und Beförderungen

Die Polizei hat trotz der hohen Einstellungszahlen immer noch deutlich zu wenig Personal bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs an den unterschiedlichsten Stellen. Der Aufbau des Personalkörpers geht schleppend voran. Zunehmend wird es auch schwieriger, qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden.

Deshalb gehört aus Sicht der DPoIG die Laufbahn bis A 11 in eine Regelbeförderung überführt und die Stellen im Bereich von A 12 und A 13 sowie im 4. Einstiegsamt massiv erhöht.

*Frage: Mit welcher Strategie wird Ihre Partei der Polizei bei ihren Personalproblemen helfen und wie positioniert sie sich in der Frage der Anhebung der Stellen beziehungsweise der Stellenplanobergrenzen?*

## ■ Kriminalpolizei

Eine Aufzählung der personellen und materiellen Defizite der Kriminalpolizei in Rheinland-Pfalz würde den Rahmen dieser Wahlprüfsteine sprengen. Kriminalitätsphänomene wie Hasskriminalität, Terrorismus/Extremismus jeglicher Couleur, Missbrauch von Minderjährigen, Cybercrime sowie die zunehmende Internationalisierung und Digitalisierung von kriminellen Handlungen sind nur einige Beispiele für die schnell wachsenden kriminalpolizeilichen Herausforderungen.

Personal- und insbesondere Fachkräftemangel, dezentrale Organisationsstrukturen, fehlende Attraktivität und mangelnde bauliche Gegebenheiten sind einige wenige der ungelösten Herausforderungen unserer Kriminalpolizei. >



## > Wir gratulieren

In den Monaten Januar und Februar 2021 haben Geburtstag:

### 40 Jahre

Florian Barzen  
Nadine Schuwerack  
Ciro Cirillo

### 50 Jahre

Mario Mack  
Kai-Uwe Andriczka  
Frank Röhlinger  
Armin Roos  
Heiko Georg

### 55 Jahre

Dirk Felten  
Jack Leblhuber  
Ulrich Appelshäuser

### 60 Jahre

Gabriele Schweikhard  
Thomas Weigl  
Dieter Radu  
Michael Klar  
Torsten Weigel  
Michael Hielscher  
Joyce Menzel  
Markus Kirsch

### 65 Jahre

Renate Alsbach  
Hermann Schütt  
Wolfgang Gundermann  
Volker Löcken  
Erwin Runkel  
Lothar Winkelmann  
Klaus-Uwe Fürstenberg

### 70 Jahre

Hartmut Müller  
Roland Lorenz  
Peter Neuhard

### 75 Jahre

Werner Hebel

### 76 Jahre

Peter Kosko  
Ditmar Grub

### 77 Jahre

Hermann Gaab

### 79 Jahre

Hans-Joachim Buhr

### 81 Jahre

Günter Frey

*Frage: Mit welchem Konzept und mit welchen strukturellen Maßnahmen begegnet Ihre Partei den kriminalpolizeilichen Herausforderungen des angebrochenen Jahrzehnt?*

### ■ Digitale Polizeiarbeit

Die Polizei Rheinland-Pfalz benötigt für die Strafverfolgung im digitalen Raum die beste technische Ausstattung und höchstes Know-how. Gerade im IT-Bereich besteht ein erheblicher Wettbewerb um die besten Köpfe. Insbesondere die räumliche Nähe zu mehreren Bundessicherheitsbehörden macht dies für die Polizei Rheinland-Pfalz nicht einfacher. Neben der Gewinnung von IT-Fachkräften wird auch die Bindung dieses Personals immer wichtiger.

*Frage: Mit welchen Maßnahmen möchte Ihre Partei die Gewinnung und insbesondere die Bindung von geeigneten Fachkräften sicherstellen?*

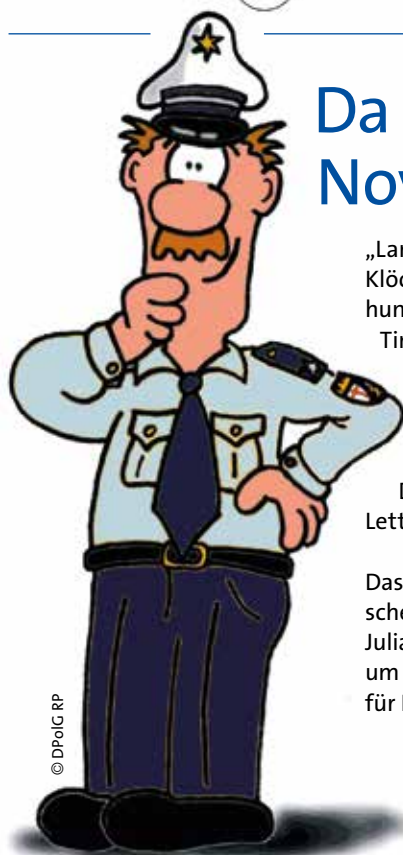
### ■ Kommunalen Vollzugsdienst (KVD)

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie wichtig der

KVD in der Sicherheitsarchitektur von Rheinland-Pfalz ist. Jedoch wird dem kommunalen Vollzugsdienst auch nach der Änderung des POG der Sofortvollzug von angeordneten Maßnahmen verwehrt, wohingegen die Freiwilligen Feuerwehren nach dem aktuellen LBKG ihre Maßnahmen sofort vollziehen und ohne jegliche Rechtskenntnisse mit unmittelbarem Zwang durchsetzen dürfen. Viele kommunale Vollzugsbeamt\*innen haben eine Ausbildung im Verwaltungs- oder im Justizvollzugsdienst. Im Dienst dürfen sie jedoch eine sofortige Vollziehung nicht durchsetzen, aber sehr wohl in der Freizeit als mögliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr im Einsatz.

*Frage: Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um diesen und weiteren defizitären Umständen wie die fehlende Bodycam im täglichen Dienst der kommunalen Beschäftigten des KVD entgegenzuwirken?*

Die Landesleitung  
der DPoIG



## Da rieb sich Polgi Ende November erst mal die Augen!

„Landwirtschaftsministerin Klöckner reagiert auf die Drohung des Kommissionsvize Timmermans, das Projekt zu stoppen.“ Diese Überschrift konnte Polgi am 30. November im Trierischen Volksfreund lesen. Darunter prangte in großen Lettern GAP.

Dass sich die rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner in die Debatte um GAP einschaltet, das war für Polgi ja noch zu verstehen.

Das GAP aber so hohe Wellen schlägt, und sich sogar der Erste Vize der EU-Kommission jetzt zu GAP äußert und dann auch noch androht, das Projekt zu stoppen, das verwunderte Polgi schon. Sollten die GAP-Regeln etwa doch nicht der EU-Arbeitszeitrichtlinie entsprechen? Einen solch prominenten Unterstützer, da wären viele Kolleginnen und Kollegen sicher froh.

Beim Weiterlesen kam dann aber die Enttäuschung. Da

hat sich doch tatsächlich die EU bei der Polizei Rheinland-Pfalz bedient. Es ging bei dem Streit zwischen Klöckner und Timmermans um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Polgi konnte aus gut informierten Kreisen der EU-Kommission in Erfahrung bringen, dass man auf der Suche nach einem passenden Kürzel für die vermurkste Gemeinsame Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz ein ideales Vorbild gefunden hat.